

(Amtsblattbeitrag 04/2010 der CDU-Fraktion-Halle)

# Handeln für die Gerechtigkeit

Ist Politikverdrossenheit der Vorbote für das Ende von politischem Handeln im herkömmlichen Sinne? In der Skala der beruflichen Anerkennung stehen Politiker ohnehin schon ziemlich am Ende. Wo fängt sie eigentlich an, die Politik, die Sorge um das friedliche, gerechte Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger? Doch nicht da, wo Politikerinnen und Politiker sich untereinander, mit dem Wahlvolk und der Regierung (Stadtverwaltung) streiten und man kaum noch erkennen kann, worum es eigentlich geht?

Gerechtigkeitsprobleme stehen bei derartigen Auseinandersetzungen oftmals ganz oben an und deshalb sollte sich unser politisches Handeln an dieser Frage durchaus messen lassen.

Denn Gerechtigkeit zielt auf gemeinschaftsdienliches, die Gemeinschaft förderndes menschliches Verhalten hin, was wir ja bekanntlich alle wollen.

Bei allem politischen Streit machen wir dann aber auch die Erfahrung, dass die Frage nach Gerechtigkeit eine tiefe Sehnsucht in uns Menschen anspricht, welche die Verwaltungen, die Gerichte, aber auch die Politik als Ganzes niemals umzusetzen vermögen.

Dabei ist doch die Arbeit der Politiker für Gerechtigkeit im besten Sinne des Wortes, *ganzheitliche* Sorge um die Polis, die Gemeinschaft! All zu oft reduzieren wir aber dann die Gerechtigkeit sehr schnell auf eine Verteilungsgerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Bestenfalls engagieren wir uns darüber hinaus um annähernd gleiche Verwirklichungschancen der Menschen, also für Chancengerechtigkeit.

Als Beispiel im Großen wären da die Steuergesetzgebung unseres Landes und der Bildungsstreit zu nennen, auf kommunaler Ebene ist es aktuell unser Ringen um eine neue KITA-Gebührenordnung für unsere Stadt. Vielen – Eltern, der Stadtverwaltung, den Kommunalpolitikern – erscheinen die Gesetze und Ordnungen als verbesserungswürdig und somit als ungerecht. Das Ringen um Verbesserungen ist richtig und vollkommen verständlich, doch sollte alles Tun mit dem Wissen und der Erfahrung von Grenzen einhergehen; und zwar, dass die Gerechtigkeit auf diesem Wege niemals vollkommen gestaltet werden kann.

Bei unserem Handeln für Gerechtigkeit geht es immer um eine umfassende Integrationsbewegung. Und zu dieser gehört eben auch die Erkenntnis, dass Gesetze und Verordnungen unser menschliches Zusammensein nicht absolut regeln werden.

Dieses Wissen und die daraus gewonnene Freiheit lassen uns bei strittigen Fragen und Auseinandersetzungen aufeinander zugehen und Einigungen in Sachfragen eher erzielen.

Harald Bartl

Vorsitzender des Stadtrates

Kontakt:

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Vorsitzender:

Bernhard Bönisch V.i.S.d.P.

Technisches Rathaus

Hansering 15

06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345 – 221 30 54

Fax: 0345 – 221 30 64

E-Mail: [cdu.fraktion@halle.de](mailto:cdu.fraktion@halle.de)

Homepage:

[www.cdu-fraktion-halle.de](http://www.cdu-fraktion-halle.de)